

BMEIA-EU.3.18.48/0053-III.2/2016

**ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT**

**27/4.2**

**EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten  
am 13. Dezember 2016**

**VORTRAG AN DEN MINISTERRAT**

Am 13. Dezember 2016 fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt.

Im öffentlichen Teil der Tagung erfolgte eine weitere Beratungsrunde über die von der Europäischen Kommission vorgenommene Halbzeitüberprüfung des EU-Finanzrahmens für die Jahre 2014 bis 2020.

Im nicht-öffentlichen Teil wurden die EU-Erweiterung und der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess behandelt. Angesichts der dramatischen Entwicklungen in der Türkei insbesondere seit dem zu verurteilenden Putschversuch im Juli 2016 strebte ich gemäß der Linie der Bundesregierung, der Entschließung des Nationalrats vom 13. Oktober 2016 und der gemeinsamen Erklärung der Abgeordneten aller sechs Parlamentsfraktionen vom 10. November 2016 in den Schlussfolgerungen des Rates einen klaren Verweis auf ein Einfrieren der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei an. Diese Forderung stand zudem im Einklang mit der Resolution des Europäischen Parlaments vom 24. November 2016. Schlussfolgerungen des Rates ohne Verweis auf ein solches Einfrieren hätten das Signal gesandt, dass die EU trotz Verletzung ihrer grundlegenden Werte durch die Türkei nicht angemessen reagiert, sondern den Status quo in den Beitrittsverhandlungen beibehält. Mangels einer Einigung unter den EU-Mitgliedstaaten wurden keine Schlussfolgerungen des Rates zu diesem Tagesordnungspunkt angenommen. Allerdings wurde in den Schlussfolgerungen des Vorsitzes zumindest ausdrücklich festgehalten, dass „unter den derzeit herrschenden Umständen nicht in Betracht gezogen [wird], neue Kapitel zu eröffnen.“

Weiters behandelte der Rat die Vorbereitung für die Tagung des Europäischen Rates am 15. Dezember 2016. Zudem hat der Rat die gemeinsame Erklärung im Zusammenhang mit der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtssetzung gebilligt und den Jahreswachstumsbericht der Europäischen Kommission im Zusammenhang mit dem Europäischen Semester 2017 zur Kenntnis genommen.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates ([www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)) abrufbar.

Ich stelle den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 4. Jänner 2017  
KURZ m.p.